

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis vierteljährlich durch
die Post bezogen 1,20 Mk.
Eingetragen in die
Postzeitungsverzeichnisse Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
50 Pf. für die 3gepalt.
Zeile.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 558 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brey.
Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.
Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistr. 7. 2. St. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

Unser Feiertag.

Arbeiter, Angestellte!

Der wirtschaftliche Druck lastet in diesem Jahre schwerer denn je auf den gelamten Arbeitnehmern. Die Arbeitslosigkeit breiter Schichten führt als Begleiterscheinung allgemein die Unsicherheit der Existenz mit sich. Der 1. Mai fällt in diesem Jahre in eine außerordentlich frühe Zeit. Aus diesem Grunde muß der Ruf:

Demonstriert am 1. Mai!

auf fruchtbaren Boden fallen. In den Zeiten wirtschaftlichen Tiefstandes zeigt es sich besonders, daß die Unternehmer alle Mittel anwenden, um die Arbeitszeit zu verlängern, und die Unzulänglichkeit unserer Sozialpolitik tritt in diesen Zeiten mehr denn je in die Erscheinung.

Gesetzlicher Achtstundentag, Ausbau der Sozialpolitik,

das sind die Forderungen, für die wir am 1. Mai Jahr für Jahr unsere Stimmen erheben. Die überaus große Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Not und das Elend zwingen uns dazu, diese Forderungen mit noch größerem Nachdruck als sonst zu stellen.

Für den Weltfrieden, gegen Militarismus und Krieg

haben wir in jedem Jahre unsere Kundgebung veranstaltet. Die Ereignisse der jüngsten Zeit haben uns gezeigt, daß die Gefahren auf diesem Gebiet noch immer vorhanden sind. Noch läßt die Verständigung der Völker auf sich warten. Noch immer stehen sich die einzelnen Völker bis an die Zähne bewaffnet gegenüber.

Demonstriert am 1. Mai für den Völkerfrieden und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker,

die beide endlich kommen müssen. Die Art der örtlichen Demonstration kann von zentraler Stelle aus nicht vorgeschrieben werden. Die Ortsausschüsse des ADGB und die Ortskartelle des AFD-Bundes müssen mit den Ortsverwaltungen der angeschlossenen Verbände nach der zweckmäßigsten und wichtigsten Form suchen. Ob die Arbeitsruhe möglich ist, muß dabei besonders eingehend geprüft werden.

Gewerkschaftsmitglieder!

Macht die Maifeier auch in diesem Jahre zu einer machtvollen Kundgebung für unsere Forderungen, für die an diesem Tage die Arbeiter und Angestellten der ganzen Welt eintreten. Trete insbesondere auch ein für die Erhaltung der demokratischen Republik in unserem Vaterlande.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Wirtschaftskrise und Rationalisierung.

Von B. Weingarth.

Die deutsche Wirtschaftskrise hat einen Grad erreicht, der in weiten Kreisen des Auslandes Besorgnis erregt. So wenig man auch geneigt ist, in einer von Gegenjahren strotzenden Welt, in der krasser Egoismus höchstes Leitmotiv der Staatsweisheit ist, bei den Fragen der inneren Wirtschaftspolitik sich um die Stimme des Auslandes zu kümmern, so ist es doch auch hier angebracht, an der öffentlichen Meinung der anderen nicht achtlos vorbei zu gehen. Gerade wir Deutschen haben alle Ursache, diesen Grundsatz nicht außer acht zu lassen, da wir doch nach den Worten des Außenministers Stresemann gerade deshalb im Kriege so sehr Schiffbruch litfen, weil wir es nicht verstanden, auf die öffentliche Weltmeinung zu hören. Und da ist in allem Ernst die Frage zu stellen, ob es den Interessen des wirtschaftlichen Wiederaufstieges Deutschlands entspricht, wenn im Auslande die Meinung Gemeingut wird: Die Hauptmittel der deutschen Wirtschaftspolitik seien hohe Zölle und niedrige Löhne.

Die englische liberale Zeitung "The Daily Chronicle" befaßt sich zur Zeit in einer Artikelserie unter dem Titel: "Das Westrennen nach dem Weltmarkt" mit der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und Amerikas und kommt bezüglich Deutschlands zu dem Schluß, daß hier das Westrennen unter der Parole: "Hohe Zölle, niedrige Löhne" stattfindet. Glanben die verantwortlichen Lenker der deutschen Wirtschaft im Ernst, das Ausland werde diesem Treiben mit verschränkten Armen zusehen?

Gewiß beweist das Beispiel der englischen Kohlenindustrie, daß man es auch dort versteht, der Auslandskonkurrenz mit staatlicher Subvention zu begegnen. Und doch birgt diese englische Wirtschaftspolitik ein ganz anderes Motiv in sich, als es in Deutschland der Fall ist. Die englische Kohlen-subsidien ist das Ergebnis eines Gewerkschaftskampfes um den gerechten Lohn. Die staatlichen Zuschüsse werden dem Grundkapital bewilligt, um das Weiterzahlen der Tariflöhne zu ermöglichen. Aber der Unterschied ist noch krasser, vergleicht man die deutschen Verhältnisse mit den englischen etwas eingehender. Hier möchte ich einen Satz wiedergeben, der einem Aufsatz von A. v. Ungern-Sternberg (siehe "Die

Arbeit", Nr. 3, Seite 180) entnommen ist: "Die privatkapitalistisch eingestellten Männer der Wirtschaft" beginnen die Senkung der Produktionskosten damit, daß sie die Arbeiter und Angestellten an die Luft setzen, daß sie "abbauen". Ich bin überzeugt, daß eine spätere Zeit diese Art von Wirtschaftsführung, diese Methode der Lösung von Wirtschaftskrisen bestaunen wird!" Trotz der scharfen englischen Abkühlung seit 1922, die eine Produktions-senkung von 250 Millionen Tonnen Kohlen in 1913 auf 234 Millionen in 1924 brachte, werden in England heute mehr Arbeiter beschäftigt als in 1913. Der Bericht der englischen Kohlenkommission sagt über diesen Punkt: "Trotzdem die Nachfrage nach Kohle sowohl im Inlande wie im Auslande bedeutend zurückgegangen ist, erhöhte sich die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 1 048 000 in der Periode von

Abkühlungsmöglichkeiten im Auslande sind zur Zeit noch beschränkt. So bleibt nur der andere Ausweg, den Inlandsmarkt zu beleben. Wie ist das aber bei den niedrigen Löhnen und den hohen Preisen denkbar? Man lasse sich durch die vergleichenden Indezahlen Deutschlands und Englands nicht irre führen. Die englischen Indezahlen sind viel korrekter als die deutschen.

Die deutsche Zollpolitik verteuert vor allem die notwendigsten Lebensmittel des Volkes. Auch der neueste Steuerausgleich kann vom Arbeiterstandpunkt aus nicht als eine Erleichterung im wahren Sinne des Wortes angesehen werden; es gibt kein Land, wo der Arbeiter so belastet ist wie hier. Es darf doch nicht vergessen werden, daß die englische Arbeiterklasse nicht nur von indirekten und mittelsteuern verschont ist, sondern auch große Teile derselben keine direkten Steuern zahlt!

Die deutsche Preispolitik bedarf noch einer näheren Beleuchtung. A. v. Ungern-Sternberg schreibt in dem erwähnten Aufsatz (ebenda Nr. 180): "Eine volkswirtschaftliche Betrachtung kann demnach eine Lösung nur in einer Ordnung der Dinge sehen, die durch wirtschaftsorganisatorische Maßnahmen, auf dem Wege technischer und betriebswissenschaftlicher Rationalisierung, die Produktionskosten pro Wareneinheit so stark senkt, daß — um ein konkretes Beispiel zu geben — ein Paar Schuhe nicht 15 Mk., sondern etwa 8 Mk. kosten. Eine solche Forderung ist durchaus keine Utopie." Ich bekenne mich voll und ganz zu dieser amerikanischen Rationalisierungspolitik. Hat man es in Amerika verstanden, trotz sinkender Preise die Löhne zu steigern, warum kann man es da nicht in Deutschland? Wie kommt es, daß in Deutschland die Preise so hoch sind? Die Antwort ist zu suchen in der geradezu brutalen Raubpolitik, die das deutsche Unternehmertum in der Inflationsperiode trieb. Nach der unseligen Inflationsperiode suchte es sich durch niedrige Preise im Auslande zu retten. Georg Kenwick schreibt: "Die Leiter der berühmten Götz-Fabrik für optische Gläser, erklärten, ihre augenblicklichen finanziellen Schwierigkeiten ergeben sich aus der Tatsache, daß man trotz der großen feuerreichen Belastung (Luzsteuer) und der hohen Produktionskosten die Waren im Auslande unter dem Preise der Vorkriegszeit absetzte." Und heute? Hören wir unseren englischen Gewährsmann, Georg Kenwick ist auf Grund seiner in Deutschland gesammelten Erfahrungen zu der Überzeugung gekommen, daß man die Waren nach dem Rezept herstellt: teuer und schlecht! Wenn Deutschland auch wegen seiner technischen Fähigkeit in der Welt bekannt geworden ist, ist es zur Zeit nicht mehr in der Lage, ein gangbares und preiswertes Auto von guter Qualität herzustellen. Auch hat man nicht den Versuch gemacht, ein billiges Modell auf den Markt zu werfen. Ich meine Autos bis zu 350 Pfund Sterling, von welchen wir in England die verschiedensten Muster verfertigen. Zum Beispiel: Kürzlich wurde mir ein Vierzylinder, Vierstagenwagen, zu 6900 Mark gezeigt. Für ein viel schöneres Auto zahlt man in England den halben Preis. Und da erkläre man mir, noch, die Sicherheit des Autos müßte erst noch ausprobiert werden. Ähnlich liegen die Dinge mit den Motorrädern. Für jedes Motorrad, das Deutschland 1924 ausführte, führte England 17 aus." Die Löhne sind doch wirklich nicht soviel daran, daß die deutsche Ware über dem Weltmarktpreis liegt. Der deutsche Kapitalismus hat während der Inflation den Bogen überspannt und bis jetzt das Gleichgewicht nicht wiedergelassen. So versucht man immer wieder, sich auf Kosten niedriger Löhne emporzuarbeiten. Auf die Schultern der Arbeiter soll alles abgeladen werden.

Was nützen alle Mahnungen an das Volk, sich einzuschränken, wenn nach außen gefaßt wird, als ob Deutschland das reichste Land Europas sei. Georg Kenwick schreibt: "Die Stadtverwaltungen mit amerikanischem Bankkredit wetteifern miteinander, wer am meisten anschaffen kann. Es wird sich darum gestritten, wer das größte Stadtheater hat, den besten Dirigenten (soll heißen: den teuersten), die feinste Kunstgalerie, das modernste Theater. Das Geld wird veranlagert für Anlagen, Statuen, Stadions, unnütze Stagenenerweiterungen, alles schätzenswerte Dinge — sofern man sie sich leisten kann. Aber ein Land, das sich inmitten einer schweren Wirtschaftskrise befindet und nach den Worten des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht einen Kampf um die nationale Existenz führt, sollte hier etwas vorsichtiger sein. In einem Lande, das eine Auslandsschuld von 7000 Millionen Mark auf den Schultern trägt und in 1925 ein Defizit von 2633 Millionen Mark aufwies, zeugt das alles von einer bewundernswürdigen Gleichgültigkeit gegenüber der realen Wirklichkeit."

Die organisierte Arbeiterkraft hat alle Ursache, auf der Hut zu sein. Regierung und Parlament haben die Pflicht, die Ursachen der Wirtschaftskrise genau zu untersuchen. Die Gewerkschaften müssen sich mit aller Kraft gegen die geradezu barbarische Lohnpolitik des Unternehmertums zur Wehr setzen. Es soll zugegeben werden, daß eines der Mittel, um aus der Krise herauszukommen, die sachgemäß angewandte Rationalisierung ist. Rationalisierung und hohe Löhne sind, wie Amerika beweist, keine unvereinbaren Gegenjense, im Gegenteil, es sind Dinge, die sich einander ergänzen können. Zur Behebung der Industrie bedarf es vor allem eines gekräftigten Inland-

Völkermai.

Völkerfeier, du Maienitag!
Ziehst hinaus in den grünenden Hag,
jauchst hinein in die leuchtende Welt —
rote Blumen blühen im Feld.

Rote Schleifen an eurem Hut,
flief im Herzen die rote Blut;
rot der Nacken vom Sklavenschloß
Meine Brüder, und doch — und doch!

Doch ein Arm, der die Kette bricht,
doch ein Morgen voll Duft und Licht,
doch ein Tag voller Maiterglanz
Auf, ihr Brüder, zu Spiel und Tanz!

All die Lasten, die euch gedrückt,
in die Schatten der Nacht entrückt,
— all die Sorge, die euch umspann,
Brüder, kummert sie heut den Mann!

Schwester, kummert sie heut das Weib,
das mit dem Mantel ein Herz und Weib?
Euren Säugling an voller Brust
lacht ihr selber wie Maienluft.

Halte die Zukunft weich und warm
ihm im schützenden Mutterarm! —
Oh die atmende Kraft bergläßt,
schaffet, daß ihr der Weltmai blüht!

Daß die Knechtschaft für euer Kind
wie eine Woge der See zerrinnt,
daß sie euch dünke ein Wintertraum
einst unterm blühenden Maienbaum!

Männer und Weiber, am Feiertag
zieht dann hinaus in den schimmernden Hag,
singet und jauchst in die flammende Welt —
blutrote Blumen blühen im Feld.

Klara Müller-Jahnke.

1909 bis 1913 auf 1 156 000 in 1925, was ein Mehr von 10 v. H. ausmacht." Man glaube nun ja nicht, diese höhere Zahl der Beschäftigten sei eine ökonomische Notwendigkeit gewesen, im Gegenteil, sie ist das Ergebnis des den Arbeitern bei Beginn des Weltkrieges gegebenen Versprechens: für die Arbeiter würde nach dem Kriege gesorgt werden. Das Beispiel vom Kohlenbergbau beweist, daß das englische Unternehmertum Wort gehalten hat. In Deutschland wird mit der Arbeiterschaft eine geradezu wüste Raubbaupolitik getrieben und es sind Anzeichen vorhanden, die darauf hindeuten, daß an eine Änderung zum Besseren in dieser Hinsicht gar nicht zu denken ist. Die deutsche Rationalisierungspolitik wird mit einer Rücksichtslosigkeit betrieben, die im Auslande Befremden verursacht.

Hand in Hand mit dieser Rationalisierung geht die Lohnpolitik. In der erwähnten Artikelserie schreibt George Kenwick, der Spezialberichterstatter des "Daily Chronicle", in der Nr. vom 18. März: "Nach eingehender Untersuchung der Lohnverhältnisse komme ich zu der Schlussfolgerung, die deutschen Unternehmer sind nicht gewillt, verhältnismäßig gute Löhne zu zahlen, ganz abgesehen von hohen Löhnen. Immer wieder erklärten leitende Kreise der Unternehmerschaft: Was wir unbedingt haben müssen, ist eine viel größere Ausfuhr, die aber nur erzielt werden kann durch Verbilligung der Produktionskosten, was wiederum nur bei niedrigen Löhnen denkbar ist." Das ist das Dogma, wonit das Unternehmertum gegen die Philosophie des Mr. Henry Ford zu Felde zieht." Mr. Kenwick glaubt den Schluß ziehen zu dürfen, daß die Nominallöhne in Deutschland 40 v. H. höher sind als vor dem Kriege, die Reallohn aber 40 v. H. niedriger, so daß wir mit einer bedeutend schwächeren Volkskraft zu rechnen haben als vor dem Kriege.

Seit 1919 haben die deutschen Gewerkschaften stets mit Macht den Standpunkt vertreten, daß Deutschland, um leben zu können, Abkühlungsmöglichkeiten im Auslande haben muß. Die konsequent durchgeführte sozialdemokratische Auslands politik ist nicht zu einem geringen Teile durch diesen Gedanken diktiert worden. Aber die Tatsache bleibt doch bestehen: Die

marktes, was nur durch einen anständigen Lebensstandard der großen Masse des Volkes zu erreichen ist. Es ist ein Trugschluss, zu glauben, Deutschland könne den Weltmarkt durch niedrige Löhne zurückerobern. Allen Versuchen in dieser Richtung wird das Ausland mit den schärfsten Abwehrmaßnahmen zu begegnen wissen. Auch blüht das Ausland mittrauisch auf den neuesten Kurs der deutschen Schutzpolitik.

Der am wenigsten beachtete Vertrag

Ist der Arbeitsvertrag. Ein Arbeiter fragt an, ob er Arbeit bekommen kann, der Betriebsführer oder Meister sagt Ja - und der Arbeitsvertrag ist abgeschlossen. Leider wissen Tausende von Arbeitern noch nicht, daß sie mit dieser Verpflichtung zur Arbeitsanbahnung zahlreiche andere Bindungen eingehen. Die Arbeitsordnung wird eingehendigt, der Empfang beschneidet. Jedoch wer liest die Vorschriften der Arbeitsordnung richtig durch, obwohl sie sehr wichtig sind? Es besteht für das betreffende Gewerbe eine Lohnordnung und ein Tarifvertrag. Mit dem Abschluß des Arbeitsvertrages übernehmen Arbeiter und Unternehmer die Verpflichtungen dieser Verträge. Der Lohnvertrag ist den Arbeitern in der Regel bekannt, wie steht es aber mit dem Rahmenvertrag aus? Woher läuft noch ein besonderes Abkommen über die Arbeitszeit. Welcher Arbeiter kennt hier alle Bestimmungen, die ihn betreffen, und weiß sie zu seinem Vorteil auszunutzen?

Über all diesen Fragen schweben ferner eine Reihe von gesetzlichen Verordnungen. Die Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 besteht noch zum Teil. Seit dem 21. Dezember 1923 haben wir ferner noch eine Verordnung über die Arbeitszeit. Besonders Interesse für den Arbeiter muß schließlich auch die Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 mit ihren zahlreichen Ausführungsbestimmungen haben. Die gleiche Bedeutung haben nicht zuletzt auch die Bestimmungen des Betriebsarbeitsgesetzes, der Gewerbeordnung und des Bürgerliche Gesetzbuch.

Alle diese Bestimmungen, Gesetze usw. stehen in irgendeiner Beziehung mit dem eingegangenen Arbeitsvertrag. Wir sehen also, wie außerordentlich vielseitig die Beziehungen des einzelnen so einfachen Arbeitsvertrages sind. Welcher Arbeiter oder Angestellte ist in der Lage, sich ohne Schaden durch die zahllosen Schlingen und Maschen hindurchzuarbeiten? Von Tausenden kaum einer. Wie würde es um die Arbeiter bestellt sein, wenn nicht die Gewerkschaften oder deren Beauftragte diese Bestimmungen und Gesetze nicht überwachen und für deren Durchführung besorgt wären? Ganz davon zu schweigen, daß die Arbeiterschutzgesetze erst von den Gewerkschaften erobert werden mußten. So wird der gewerkschaftliche Zusammenschluß an launigen Dingen, die in das tägliche Leben des Arbeiters tief eingreifen, jeden Tag als eine unbedingte Notwendigkeit handgreiflich vor Augen geführt. Warum in aller Welt gibt es noch Arbeiter oder Angestellte, die der Gewerkschaft noch nicht angehören?

Raus der Industrie

Chemische Industrie

Der Kaliblaß im ersten Quartal 1926 beträgt insgesamt 4 194 953 Doppelzentner Reinalkali. Im vorigen Jahre wurden im gleichen Zeitraum 5 123 728 Doppelzentner abgesetzt. Demnach ist im ersten Quartal dieses Jahres gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine Verminderung von 928 755 Doppelzentner = 18,12 Prozent zu verzeichnen.

Trotz des Abfahes von über 4 Millionen Doppelzentner Reinalkali und der Tatsache, daß in diesem Jahre zirka 1 Duzend Kalwerke weniger an der Produktion beteiligt waren, wurden bereits im Monat März auf den meisten Werken Feierlichkeiten eingelegt. Einige Werke haben ihre Betriebe für mehrere Wochen durch Werksbeurlaubung stillgelegt. Die von Wintershall durchgeführte „Nationalisierung“ hat ungeahnte Wirkungen ausgelöst. Es werden Jahre vergehen, bis sich der Abfaß den Produktionsmöglichkeiten einigermaßen angepaßt haben wird. Wenn alle Werke, welche jetzt noch fähig sind, in Betrieb bleiben, dürften höchstens 6 Monate Arbeitszeit genügen, um den Abfaß des Jahres 1925 zu produzieren. Es werden dann in der Kalindustrie ähnliche Verhältnisse eintreten wie in der rubenverarbeitenden Zuckerindustrie. Dieses dürfte aber weder im Interesse der Industrie noch im Interesse der Arbeiter liegen. Deshalb sind wir der Ansicht, daß durch diese „Nationalisierung“ doch des Guten etwas zu viel geschehen ist. wh.

Unser gutes Recht.

Nicht nur der Politik, sondern auch der Wirtschaft soll das Recht als Herr dienen. Seit zwei Jahren kämpfte die Belegschaft der Kalifabrik Albstadt-Weilerbach um den tariflich festgesetzten Urlaub für 1924. Die Direktion lehnte zunächst jeden Entschluß ab mit der Begründung, die nach Beendigung des nun abgelaufenen Jahres im Oktober bis November 1923 sämtlich neu eingestellten Belegschaftsmitglieder müßten erst wieder ein volles Jahr im Betrieb beschäftigt sein, bevor Urlaubsansprüche geltend gemacht werden könnten, deshalb käme für 1924 ein Urlaubsanspruch nicht in Frage. Der Betriebsrat vertrau den Standpunkt, daß auf Grund der Bestimmungen des Manteltarifs bereits nach einer halbjährigen Beschäftigung der Urlaubsanspruch gegeben sei. Die höchste tarifliche Schlichtungsinstanz folgte im Juli 1924 ein Urteil zugunsten der Arbeiter. Trotzdem weigerten sich die Kalifabrikanten, den Urlaub zu gewähren. Vom Amtsgericht Egerl wurden die Arbeiter abgewiesen mit der Begründung, das Amtsgericht könne eine Entscheidung nicht fällen, da kein Manteltarif die tariflichen Schlichtungsinstanzen endgültig entscheidet. Als nächst wieder die Kalifabrikgruppe Magdeburg und die Kalifabrikgruppe in Berlin eingezogen wurden. Aber trotz aller Urteile verharre die Direktion auf ihrem abweisenden Standpunkt. Inzwischen wurde von den hiesigen Betriebsleitern versucht, die Arbeiter zu locken. Man zahlte 3 Prozent des Urlaubsanspruches an die Arbeiter an. Es sah durch Unterwerfung verpflichteten, auf alle weiteren Ansprüche aus dem Jahre 1924 zu verzichten. Die gesamte Belegschaft der Kalifabrik Albstadt-Weilerbach, etwa 300 Mann, hat dieses Schiedsmandat unterzeichnet und von dem Fabrikanten, besonders F. G., haben sich auch über 100 Mann mit diesem Kader trennen lassen. Durch dieses Verhalten wurde der Kampf der hiesigen Belegschaft der Kalifabrik Albstadt-Weilerbach sehr erschwert, aber sie ließ sich trotz aller Not nicht irremachen und kämpfte weiter um ihr gutes Recht. Von Seiten der Kalifabrikanten wurden dem Betriebsrat und dem Arbeiterverband, zahllose Angebote gemacht, das die Arbeiter nachträglich unterliegt hat, höhere Angebote gemacht auf 65 Prozent, später auf 75 Prozent des Urlaubsanspruches nach dem Lohnfuß von Anfang 1924, die schließlich abgelehnt werden mußten. Vor einigen Wochen hat sich die Kalifabrikgruppe Magdeburg erneut mit der Streikfrage zu beschäftigen, und hier kam endlich nach langem Kampf ein Resultat heraus, mit dem sich die Arbeiter zufrieden geben konnten. Die Kalifabrik Albstadt-Weilerbach zahlt an den Arbeiterverband, die Kalifabrik Albstadt, 13 000 Mark für die in den letzten aufgestellten Arbeiter. Dadurch konnte an jedem der in den

Urlaubstagen vergaltener Belegschaftsmitglieder das Doppelte ausgezahlt werden, was diejenigen Arbeiter erhalten hätten, die sich selbst mit 50 Prozent abgefunden hatten.

Papier-Industrie

Die englischen Schutzzölle. In der Nr. 5 der „Papierzeitung“, Jahrgang 1926, veröffentlicht v. W. (von Wustrow) einen Artikel unter obiger Überschrift, aus dem besonders die nachstehenden Ausführungen auch die deutsche Papierarbeiterchaft interessieren dürften:

Auch für Dach- und Umschlagpapier war ein Schutz Zoll von der Vereinigung englischer Pack- und Umschlagpapierfabrikanten beantragt worden, aber auf sehr lebhaften Widerstand des Handels der Verbraucher und eines großen Teils der Verarbeiter gestossen. Es wurde von diesen darauf hingewiesen, daß der Schutz Zoll nur eine Vertekierung des Papiers zur Folge haben würde, daß die Packpapierfabriken in England überhaupt nicht hergestellt werden könnten, daß die Ausfuhr der aus Packpapier angefertigten Papierwaren außerordentlich erschwert würde, daß die Gefahr ausländischer Repressalien bestünde und daß eine Begrenzung des Zolles auf bestimmte Papierforten technisch undurchführbar wäre. Trotzdem nahm zwar der Untersuchungsausschuß im Endergebnis den Antrag an, aber mit so schwachem Beweismaterial, daß er



selbst den Schutz Zoll von 33% auf 17% von Hundert ad valorem heruntersetzte.

Die einzige Tatsache des „unfairen Wettbewerbs“ wurde in den schlechteren Arbeitsbedingungen der Konkurrentenländer gesehen. Die bei dieser Gelegenheit seitens der englischen Antragsteller vorgebrachten Angaben, besonders bezüglich der deutschen Entlohnung und Arbeitszeit, entsprechen nicht der Wahrheit und sind auch englischerseits nicht unwidersprochen geblieben. Ebenso sind die Berichte eines am Papierzoll interessierten englischen Papierfabrikanten über die Lage und Arbeitsbedingungen der deutschen Papierindustrie in einem führenden englischen Papierfabrikat sofort von anderer englischer Seite richtiggestellt worden. Sehr mit Recht wurde dabei auf die durch hohe Steuern usw. bedingten hohen Gestehungskosten der deutschen Papierindustrie hingewiesen und auf die Unmöglichkeit, die Löhne verschiedenen Länder bei völlig verschiedenen Zahlungsmethoden und Lebensbedingungen überhaupt zu vergleichen. Mit besonderer Freude müssen wir begrüßen, daß bei dieser Gelegenheit englischerseits darauf hingewiesen wird, daß Deutschland und England nur durch Vergrößerung des gegenseitigen Warenverkehrs, nicht aber durch Abscherrung gegeneinander die schweren Kriegsfolgen überwinden können.

Auf diese von der englischen Regierung geplanten Schutzzölle für Papier und die Urfaßen, die dazu führten, haben wir schon wiederholt hingewiesen. Um nicht zu wiederholen, verweisen wir auf unseren Artikel „Die Arbeitszeit in deutschen Papierfabriken“ in der Nr. 9 d. J.

Wollen die deutschen Papiererzeugungs-Industriellen den englischen Schutz Zoll vermeiden, so bleibt ihnen kein anderer Weg als die Beseitigung der Ursachen, die diese sind, nach der Begründung der englischen Papierfabrikanten, die über 48 Stunden in der deutschen Papiererzeugungs-Industrie hinausgehende Arbeitszeit und die in Verbindung damit zum Dumping führenden niedrigen Papierarbeiterlöhne. Mit starken Worten allein werden die deutschen Papiererzeugungs-Industriellen die Zollmaßnahmen der englischen Regierung nicht verhindern können.

Besonders interessant sind auch noch folgende Einführungsätze des Tarifs:

England steht am Wendepunkt seiner Wirtschaftspolitik. Die Entgegenwart wird für die gesamte Weltwirtschaft und insbesondere für Deutschland von allergrößter Bedeutung sein. Um der Wirtschaftspolitik, die als Folge der Krieges- und Nachkriegszeit ganz Europa betroffen hat, zu begegnen, glaubt England - bisher das vorbildliche Freihandelsland - das zweifelhafte Schwert der Schutzzölle und Subventionenpolitik ergreifen zu müssen.

Ja, Barer, das ist eben was anderes, wenn es ein anderer ist, so könnte man beim Lesen dieser Zeilen unwillkürlich ansetzen. Unkennend die deutsche Industrie, die nicht der Landwirtschaft zu den härtesten Bedrängern der deutschen Hochschuttpolitik gehört, die seit Jahrzehnten ruhig mit zuseht, wie Deutschland das zweifelhafte Schwert der Schutzzölle und Subventionenpolitik führt, entwirft sich darüber, wenn ein anderer Staat zu dem gleichen Schutzzollmittel greift. Wollen die deutschen Papiererzeugungs-Industriellen Artikel über, so hätten sie alle Ursache, mit dieser Kritik bei der deutschen Regierung und den deutschen Parteien einzusetzen, die sich bisher stets für den Hochschuttpoll ausgesprochen haben und die erst vor kurzer Zeit nichts dagegen einzuwenden hatten, daß das deutsche Volk durch neue Lebensmittelpolize noch mehr angegriffen wird.

Bei den Beratungen über die Schutzzölle waren es doch auch nur deutsche Fabrikanten, denen der Schutz Zoll nicht hoch genug sein konnte, und selbst die deutschen Papiererzeugungs-Industriellen, die platonisch für Zollabba waren, setzen sich in der Wirtschaftlichkeit für höhere Schutzzölle ein. Die herrschenden hätten also alle Ursache, erst einmal vor der eigenen Tür zu kehren: ehe sie der ausländischen Konkurrenz Vorwürfe machen. Die Waffe, die man selbst ergreift, kann man auch dem Gegner nicht verweigern.

Industrie der Steine und Erden

Ein vernünftiger Arbeitgeber. In Nr. 4 der „Ziegelwelt“ 1926 hatte ein Arbeitgeber aus d. Ziegelindustrie, der dieses Jahr gern häßliche Arbeiter einstellen möchte, angefragt, ob das erlaubt sei und wie er sich

zu verhalten hätte, welche Schritte er unternehmen müßte, kurz welche Bedingungen bei Einstellung ausländischer Arbeiter zu erfüllen seien.

Darauf erhielt er in Nr. 12 obiger Zeitschrift vom 25. März 1926 von dem Ziegelei-Unternehmer Grewe folgende Antwort:

Warum wollen Sie ausländische Arbeiter beschaffen, wenn im Inlande 2 Millionen Arbeiter arbeitslos sind? Sie werden den Behörden doch nicht erzählen können, daß in Deutschland keine geeigneten Ziegler zu bekommen sind. Haben Sie noch nichts von Lipper Ziegler gehört? Meiner Ansicht nach dienen Sie sich und der Allgemeinheit am besten, wenn Sie einige tüchtige Ziegler von dort kommen lassen, einen Akkord abschließen und den Lipper Leute aus ihrer Gegend zugeben. Im großen und ganzen sind die Lipper ordentlich fleißig und kennen ihr Fach, und wenn Sie mit denselben einen Akkord abschließen, so lassen sich diese von den dortigen Leuten nichts dreinreden und fahren den Akkord durch, wenn nicht mit, dann ohne die dortigen Leute. Durch ein Inserat finden Sie in Deutschland geeignete Leute genug, und wirken Sie dadurch mit an dem Ziel, das da heißt Volksgemeinschaft.

Solche vernünftige Arbeitgeber gibt es in Deutschland leider nur wenige. Ein großer Teil möchte wieder ausländische Arbeiter in unbefränkter Zahl herbeiziehen, meist zu dem ausgesprochenen Zweck, die Löhne möglichst niedrig zu halten und die sonstigen Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Daß ein sehr großer Teil Unternehmer in Deutschland, hauptsächlich aber in der Ziegelindustrie, ausreichenden Löhnen und den sonstigen sozialen Einrichtungen feindlich gegenübersteht, zeigen die Bestrebungen in fast allen Bezirken auf Herabsetzung der Löhne, Beseitigung der Urlaubsbestimmungen und anderer zugunsten der Arbeitnehmer geschaffenen Einrichtungen. Gerade diejenigen Unternehmer, die vor Patriotismus irreflen, die die Vaterlandsliebe gepachtet haben wollen, die das Ausland hassen, ohne zu wissen weshalb, sind meist die ersten, die ausländische Arbeiter heranziehen und für sich vermeintliche Vorteile herausholen möchten.

Mögen die Zieglerkollegen für eine einige geschlossene Organisation sorgen, damit die Bestrebungen der Arbeitgeber auf Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht in Erfüllung gehen.

Die Gips-Industrie im Südbarj

hat infolge der allgemeinen Wirtschaftslage nur wenig Beschäftigungsmöglichkeit. Nur ein geringer Bruchteil der Betriebe läßt mit verminderter Belegschaft volle 8 Stunden arbeiten. Die übrigen Werke liegen noch still oder arbeiten mit wesentlich reduzierter Belegschaft verkürzt. Die durch diese Umstände außerordentlich herabgedrückte Kaufkraft der Arbeiterschaft macht sich im Geschäftsleben stark bemerkbar. Und mancher kleine Geschäftsmann macht sich heute seine eigenen Gedanken über die Fähigkeiten der viergeprüften kapitalistischen Wirtschaftsführer.

Aber auch die Arbeiterschaft beginnt sich wieder auf sich selbst zu besinnen. Zwar nicht so stürmisch wie in den Jahren nach 1918, langsam, aber sicher findet sie den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation zurück. Einige Versammlungen in letzter Zeit legten Zeugnis von dem ersten Willen zur Mitarbeit am Aufbau des Verbandes ab. Und dieser Wille wird sich auch bestimmt durchsetzen. Es wäre doch auch ganz unnatürlich, wenn sich in der Gipsarbeiterchaft der Vorfaß nicht regen würde, die Kosten für den wirtschaftlichen Aufbau auch auf die Schültern der Unternehmer zu legen. Zur Zeit liegt es leider noch so, daß bei Löhnen von 43 bis 45 Pf. pro Stunde die Arbeiterschaft sehr empfindlich zur Kapitalbildung herangezogen wird. Diese kapitalistische Brutalität auf Kosten der Lebenshaltung des einzelnen Arbeiters, seiner Frau und Kinder die Wirtschaft wieder stromachen zu wollen, kann erfolgreich nur durch starke gewerkschaftliche Organisationen bekämpft werden. Unschmählchen Lohn bei achtstündiger Arbeitszeit - unter diesem Kompromiß müssen und werden sich die Gipsarbeiter wieder im Fabrikarbeiterverband zusammenschließen.

Ein recht erfolgreicher Mitarbeiter ist unserem Verbande in Niedersachsens entstanden. Die Leitung der Firma Schmüllig u. Ko. ließ im Betriebe einen Anschlag anbringen, in welchem die Arbeiter aufgefordert werden, jede Beschäftigung durch Verbändler im Betriebe der Betriebsleitung zu melden, damit Bestrafung der betreffenden organisierten Arbeiter durch das Werk erfolgen kann. Dieser echt schamhafte Einschüchterungsversuch trug wesentlich dazu bei, den Belegschaftsangehörigen die Augen über den wahren Charakter der arbeiterefeudalen Firma Schmüllig u. Ko. zu öffnen. Die Arbeiter danken für die ihr zugewandte Judasrolle. Keiner fühlte sich bis jetzt belästigt. Die nächste Folge des Anschlags waren 50 neue Aufnahmen für unseren Verband.

Wir danken jedenfalls der Firma für die geleistete Hilfe bei der Aufklärung und Organisation der Gipsarbeiter. So wirkte sich auch in diesem Falle die reaktionäre Geste als ein Teilchen jener Kraft aus, die stets das Böse will, und doch nur Gutes schafft. E. Sch.

Minden - Ravensberg - Lippe

Während in früheren Jahren um diese Zeit ein großer Teil der Ziegeleibetriebe voll im Gange war und nur einige Nachzügler verspätet anfangen, geht es in diesem Frühjahr mit der Betriebsaufnahme langsam voran. Die geringe Arbeitslosigkeit über die kommende Wirtschaftslage und die Reaktivierung der vorhandenen Baupläne veranlassen die Ziegeleibesitzer zur Zurückhaltung. Im Kreis Minden ist noch alles ruhig. Im Wesergebiet Dönhäusen-Wilho sollen einige Ziegeleien in den nächsten Wochen den Betrieb aufnehmen. Stadt- und Landkreis Herford zeigen wohl Unternehmungslust, im Stadt- und Landkreis Bielefeld sind einige Betriebe im Gange. Das große Hagemannsche Werk in Oldentrup arbeitet. Im Freistaat Lippe haben ebenfalls mehrere Ziegeleien angefangen bzw. rufen zum Anfangen. In den Lippe umgebenden Kreisen Herford, Paderborn und Bielefeld regt sich die Unternehmungslust langsam. Eine Anzahl Betriebe dürften sich der Neuproduktion widmen.

Der Tarifabschluss ist noch in der Schwebe. Der Arbeitgeberverband schließt nach den großen Brüdern in Köln und Dortmund, deren Ergebnisse bei den letzten Verhandlungen man erst gern haben möchte. Wie schon früher berichtet, planen unsere Arbeitgeber nebenswerte Verschlechterungen der Tarifverhältnisse. Freilich ist es, daß die Ziegler, die bereits in Arbeit stehen oder in kurzer Zeit anfangen, einmütig für den freien Fabrikarbeiterverband und den „Arbeiterischen Bund“ sind. Auf all'n Betrieben, die im Gange sind, wurden die Vertreter der Fabrikarbeiter

bundes mit Zustimmung begriff. Der stark dringlich ein- gestellte Organisationsrat...

Die Erhaltung des Verbandes der Zigarrenarbeiter durch den Abtritt der lippschen Ziegler zeigt sich auch nach einem anderen Gesichte...

Proletariat

In der Seemannskasse, O. v. S. in Heegernstraße verunglückte der 37 Jahre alte Heizer Otto Kästel...

Drohende Aussperrung in der holländischen Ziegel-Industrie.

Zu der diesbezüglichen Notiz in der vorigen Nummer des "Proletariats" ist mitzuteilen, daß die Differenzen durch Vermittlung des Reichsarbeitsgerichts beigelegt sind.

Die Arbeiter hatten eine Lohnerböschung von 3 Prozent, Aussperrung der Bezahlung auf die christlichen Feiertage und anderes gefordert.

Die Arbeitgeber forderten Herabsetzung des Lohnes, Herabsetzung der Arbeitszeit auf 55 Stunden usw.

Die holländischen Arbeitgeber verweisen auf Deutschland, wo die Arbeitszeit eine viel höhere sei. Dieser Hinweis muß die deutschen Zieglerarbeiter anspornen...

Nahrungsmittel-Industrie

Ein schwerer Betriebsunfall.

In der Margarinefabrik Van den Bergh in Kleve ereignete sich ein schwerer Betriebsunfall, der uns erneut Veranlassung gibt, auf die Gefährlichkeit der Maschinen in der Margarine-Industrie zu verweisen.

Im Hauptbetrieb der Firma stehen mehrere große Maltipferwalzen nebeneinander. Eine Walze war außer Betrieb und durch ein Schild besonders kenntlich gemacht.

Er konnte nicht gut hoch genug kommen und trat, um einen besseren Halt zu haben, auf die stehende Walze. Ein Aufseher, der nicht merkte, daß die Verunglückte auf der Walze stand...

Die furchtbare Unfälle gibt zu der Frage Veranlassung, wie es vorkommen kann, daß eine Walze, die außer Betrieb gesetzt und durch ein Schild gekennzeichnet war, plötzlich eingeschaltet werden konnte...

Im ähnlichen Bericht dürfte dieser Unfall wieder unter der Rubrik erscheinen. Durch eigenes Verschulden entstanden. Es müßte aber erst die Frage geprüft werden: Sind im Betriebe alle Vorkehrungen getroffen worden...

Der beste Schutz aber ist die Selbsthilfe. Man benutze Antriebsmittel grundsätzlich nicht dazu, um an ihnen herauszuklettern. Vor dieser Unfälle kann nicht dringend genug gewarnt werden.

Arbeiterhaus und Arbeiterversicherung.

Die neuen gesetzlichen Bestimmungen der Unfall- und Krankenversicherung.

Der Direktor des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, Helmut Lehmann, hielt einen Vortrag über die Neuordnung der Beziehungen zwischen Krankenkassen und Berufsgenossenschaften...

Er führte aus:

Durch Gesetz vom 14. Juli 1925 sind die Beziehungen zwischen der Unfall- und Krankenversicherung neu geregelt worden; ebenso sind am 1. Januar 1926 die Vorschriften über das Freiheitsverfahren in Kraft getreten.

Nach dem neuen Recht beginnt die Leistungsfrist der Berufsgenossenschaft mit dem Eintritt der Unfallfolge...

Krankenspflege zu gewähren. Sie ist sogar verpflichtet, in jedem Krankheitsfall, auch wenn er durch einen Unfall herbeigeführt wird, bis zum Ablauf ihrer fähigkeitsmäßigen Leistungspflicht...

Die Beziehungen der Versicherungsträger untereinander sind etwas komplizierter geregelt. Zunächst ist die Krankenkasse verpflichtet, jede Krankheit der Berufsgenossenschaft unverzüglich anzuzeigen...

Anspruch auf Krankengeld

hat. Ist dies nicht der Fall, so hat die Krankenkasse die Kosten für das Freiheitsverfahren bis zum Wegfall des Krankengeldes zu zahlen, wenn nicht die Leistungen auf Verlangen der Berufsgenossenschaft über das fähigkeitsmäßige Maß der Kasse hinausgehen.

Es heißt dann weiter in § 1505: Alle übrigen Aufwendungen für das Freiheitsverfahren gehen zu Lasten des Trägers der Unfallversicherung.

Der Alkohol spricht:

Wollt ihr Wunder und Zeichen schauen, Kommt zu mir, ihr Männer und Frauen!... Aus Nahrung Gift, aus Leben Tod.

Wie ich das kann? Hört mich nur an! Das Raß Im Faß, Auf das Ins Glas, Dann an die Lippen...

versicherung. Daraus folgt, daß die Berufsgenossenschaft der Krankenkasse auch Ersatz zu leisten hat, wenn der Verletzte zwar vor Ablauf der 8. Woche nach dem Unfall wieder arbeitsfähig wird...

Durch diese Vorschriften sollen die Berufsgenossenschaften für eine möglichst frühzeitige Übernahme des Freiheitsverfahrens interessiert werden...

Dieses ganze Gesetz, aus dem hier nur wenige wichtige Punkte herausgerissen werden konnten, bedeutet zweifellos einen großen sozialpolitischen Fortschritt.

gesetzlich ist es aber nicht gerade der Gipfel höchster Vollkommenheit. Es läßt eine Reihe von Schwächen offen, die noch durch Entscheidungen des Reichsoberverwaltungsamts zu klären sind...

Frauenfragen.

Lot-, Früh- und Fehlgeburten in der "Wochenhilfe".

Aber die Frage, wann eine "Entbindung" im Sinne der Bestimmungen über Wochenhilfe nach der Reichsoberverwaltungsordnung wie nach der Verordnung über Wochenfürsorge vorliegt...

Als "Entbindung" ist anzusehen das Gebären eines lebenden Kindes, auch wenn es nicht lebensfähig oder wenn es eine Frühgeburt ist...

Nicht als "Geburt" anzusehen ist eine Fehlgeburt, denn diese ist, wie ausgeführt, im Gegenteil zu einer natürlichen Beendigung der Schwangerschaft die Unterbrechung derselben.

In einer besonderen Härte für die Wöchnerin hat die Rechtsprechung insofern gefaßt, als bei Fehlgeburten der Anspruch auf Wochenhilfe (auch im Sinne der Familienhilfe) nur gegeben sein soll...

Jugendfragen.

Beschäftigung der Jugendlichen in Glashütten, Schleifereien usw.

Eine Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 4. März 1926 bestimmt die Gültigkeit der Bestimmungen in Ziffer I bis IV...

IV der Bekanntmachung, betreffend die Beschäftigung von Arbeitnehmern und jugendlicher Arbeiter in Glashütten, Glasschleifereien und Glasschleifereien sowie Sandbläserien...

Wirtschaftliches.

Ein Großindustrieller gegen die Preispolitik der Kartelle und Syndikate.

Die für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft vorhängnisvollen Auswüchse der Kartellpolitik müssen bekämpft und beseitigt werden, da nur dadurch wieder eine gesunde Preispolitik...

von Opel, Automobilindustrieller, im "Berliner Tageblatt".

Geschäftsergebnisse der "Preußag".

Der Betriebsreingewinn beträgt 17,60 Mill. Mk.; hierzu treten noch 2,09 Mill. Mk. Gewinn aus Beteiligungen, und 1,55 Mill. Mk. aus dem Gewinnavortrag des Vorjahres...

Dabei läßt sich aber feststellen, daß durch erfolgreiche Rationalisierung in fast allen Fällen die Arbeitsleistung je Kopf mindestens in einem der Lohnsteigerung entsprechenden Maße erhöht werden konnte.

Produktion und Absatz in fast allen Zweigen des umfangreichen Tätigkeitsgebietes der Preußag (neben Steinhohlenbergbau mit Kohlerei und Zerkleinerungsfabrikation) sind zu nennen: Eisenerz, Blei, Zink, Kupfer, Silber- und Goldproduktion...

Bericht des Gaues 15 über das Jahr 1925.

Die höchste Mitgliederzahl im Gau 15 wies das Jahr 1922 mit 67.883 auf. Am 1. Januar 1925 hatten wir 31.361. Viele der "Welteroberer" von 1919 und später finden wir heute bei den Reihen...

Die erste Hälfte des Jahres 1925 berechnete uns zu der Hoffnung, daß wieder ein schnelleres Tempo nach oben in der Mitgliederbewegung eintreten werde.

Die Lohnsteigerungen, die mit im Gau 15 im Jahre 1925 erreicht haben, stehen den Lohnsteigerungen im Jahre 1924 fast nichts nach.

In der Kalksandstein-Industrie war der durchschnittliche Stundenlohn am 31. Dezember 1924 49 Pf., am 31. Dezember 1925 79 Pf.

Die Ziegler-Arbeiter hatten am 31. Dezember 1924 einen Stundenlohn von 49 Pf. für Männer und 35 Pf. für Frauen.

Die Steigerung beträgt für Männer 20 Pf. und für Frauen 18 Pf. pro Stunde, gegenüber 25 und 17 Pf. 1924.

Die Papiererzeugungs-Industrie hat im Jahre 1925 nur eine Lohnsteigerung von 11 Pf. für Männer und 6 Pf. pro Stunde für Frauen, gegenüber 16 und 11 Pf. 1924.

In der Papier-Verarbeitenden Industrie konnte eine Erhöhung der Löhne erreicht werden von 24 Pf. pro Stunde für Männer und 17 Pf. für Frauen, gegenüber 18 und 12 Pf. 1924.

In der Wandplatten- und Steingut-Industrie beträgt die Lohnsteigerung 17 Pf. für Männer und 18 Pf. für Frauen. Der durchschnittliche Stundenlohn war am 31. Dezember 1925 für Männer 70 Pf. und für Frauen 49 Pf.

Die Lohnentwicklung folgendes Bild: (Spitzenlöhne ohne Fachzulagen.)

Table with 4 columns: Industrie (Chemie, Hannover-Nord, Hamburg, etc.), Lohn 1.1.25, Lohn 31.12.25, Erhöhung/Senkung in %.

Soweit für einzelne Branchen, wie Mineralöl-, Lack- und Farben- und Fischkonserven-Industrie, Wäschereien usw., die Löhne durch Orts- oder Hausstarke zu regulieren waren, bewegen sich die erzielten Lohnsteigerungen ebenfalls zwischen 15-30 Prozent.

Im Zusammenhang hiermit sei noch auf die im Berichtsjahr besonders stark in Erscheinung getretenen Ortsklassendifferenzen hingewiesen, die innerhalb der Tarifbezirke der chemischen, Öl- und Margarine-Industrie zu erleben waren.

Die Lohnsteigerungen im Jahre 1925 waren größer, wenn nicht die Reichsregierung mit ihrer Verbilligungsaktion den Arbeitgebern und Schlichtungsbehörden den Vorwand geliefert hätte, die allerberechtigten Forderungen der Arbeiter abzulehnen.

Seit Beginnung des Krieges haben die Arbeitgeber uns beständig weismachen versucht, daß nur durch eine föhliche Arbeitszeit von mindestens 10 Stunden alle Not, alles Elend und alle Arbeitslosigkeit von der Arbeiterschaft abgewendet werden könne.

Welchen Erfolg die Weisheit der Unternehmer aufzuweisen hat, sehen wir an dem Umfang und dem Grad der Arbeitslosigkeit, die gerade in denjenigen Orten am stärksten ist, in denen der größte Teil der gewerblichen Arbeiter 10 und 12 Stunden und darüber arbeitet.

Die staatlichen Schlichtungsinstanzen entwickelten sich in unserem Vaterland mehr zu einem einseitigen Instrument zum Schutze der Unternehmer-Interessen. Die Schlichtungsorgane sind zu dem Zweck geschaffen worden, durch eine föhliche und unparteiische Spruchbarkeit den Wirtschaftskrisen zu entgegen zu wirken.

Berichte aus den Zahlstellen.

Konstanz. Sind das Männer? Unter dieser Überschrift schreibt eine Kollegin: Wenn man schon den Mann, der nie denkt, was er vollbringt, übergeht, mit welcher Verachtung muß man dann aber das Verhalten solcher Elemente im Bodenbezirk quittieren, die mit Überlegung und Berechnung ein in unsere Reihen getreten sind...

Alten. Ist der Ertrabeitrag nötig, und wofür ist der Ertrabeitrag? So fragt sich auch mancher Kollege.

So sieht es sicher nicht nur in unserer Zahlstelle aus. Das sollte uns zu denken geben. Und jeder Kollege sollte sich fragen, wozu sollen denn im Sommer die Lohnkämpfe geführt werden?

Wie heutzutage auch die Arbeiterschaft in Alten wird, sehen wir ja erst der Zukunfts, die einfach 11 Pf. vom Lohn abzieht, und legt wieder bei der Firma Steuer, die gemäß befreit ist, bis 4 Pf. die Stunde abzugeben.

Internationale Arbeiterbewegung.

Sitzung des Exekutiv-Komitees der Internationalen Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände.

Am 14. April d. J. tagte im Gewerkschaftshaus zu Hamburg die Sitzung des Internationalen Exekutiv-Komitees. Es wurde beschlossen, den Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes Oudegeest und den Sekretär Steenhuis zu beauftragen...

In England bestehen mehrere Organisationen ungelernter Fabrikarbeiter. Eine davon war bereits dem Internationalen Sekretariat angeschlossen und hat ihren Austritt erklärt.

Als Vertreter des IEK auf dem Verbandstage des Internationalen Verbandes der chemischen Arbeiter, der Pfingsten in Aussig (Tschchoslowakei) tagt, wird Brey (Deutschland) bestimmt.

Als Vertreter des IEK auf dem Verbandstage des Internationalen Verbandes der chemischen Arbeiter, der Pfingsten in Aussig (Tschchoslowakei) tagt, wird Brey (Deutschland) bestimmt.

Es wurde beschlossen, vom 29. Juni bis 3. Juli einen Internationalen Kongress der Fabrikarbeiter nach Kopenhagen zu berufen. Die Tagesordnung dieses Kongresses wird sich vornehmlich mit der Lage der Papierarbeiter befassen.

Der Beitrag für das Jahr 1926 bleibt bei den Verbänden, deren Länder eine feste Valuta haben, 30 fl. für je 1000 von den ersten 100 000 Mitgliedern.

Der Genosse Halfdan Johnsen, Vorsitzender des norwegischen Fabrikarbeiterverbandes, nahm an dem Verbandstage der russischen Kollegen in Moskau teil.

Der Rechnungsabschluß für das Jahr 1925 zeigt eine Einnahme von 13 257.50 fl., eine Ausgabe von 10 494.98 fl., so daß ein Bestand in Höhe von 2 762.52 fl. für das Jahr 1926 zu verzeichnen ist.

Verbandsnachrichten.

Die Abrechnung für das 1. Quartal haben eingeleitet: Gau 1. Detmold, Hildesheim, Osnabrück, Bielefeld, Celle, Hallerleben, Goslar, Gr.-Häuslingen, Hannover, Hülse, Münden, Peine, Stadthagen, Walsrode, Codenan, Hameln, Lehrte, Schwarmstedt, Visselhövede.

Gau 2. Bitterfeld, Dessau, Ellenburg, Efferwerda, Erbeorn, Gentlin, Halberstadt, Halle, Kl.-Winnigstedt, Mühlberg, Wankrow, Alleringerleben, Bismark, Harzgerode, Salzweil.

Gau 3. Berlin, Dranienburg, Perleberg, Potsdam, Rathenow, Schwiebus, Werder, Züllichau, Herzfelde, Jüterbog, Kloster Zinna, Koffbus, Nauen, Neumedeß, Nüdersdorf, Zehdenick.

Gau 4. Döberan, Dramburg, Friedland, Lebbin, Lübbteen, Neustreitz, Schwann, Stavenhagen, Steffin, Stolp, Strelitz, Stiermünde, Waren, Zarnhaff, Demitz, Goldberg, Grimmen, Jarmen, Schwerin, Wismar, Wittenburg.

Gau 5. Deutsch-Eylau, Elbing, Rastenburg, Tilsit, Insterburg.

Gau 6. Briesg, Bunzlau, Krappitz, Górlitz, Muskau, Oppeln, Saaran, Sagan, Jiegenhals.

Gau 7. Aue, Baunzen, Osborn, Großenhain, Hartha, Leisnig, Meißen, Penig, Rabenberg, Rabenberg, Schkenditz, Zittau, Annaberg, Marktandorf, Weichselberg.

Gau 8. Arnstadt, Ellrich, Gotha, Greiz, Jena, Lützen, Merseburg, Mübba, Naumburg, Oberhainichen, Oßlebene, Blankenberg, Erfurt, Heiligenstadt, Jmnan, Nordhausen, Salsungen, Sonneberg, Schwarzburg, Weimar.

Gau 9. Erlangen, Neumarkt, Stadtsteinach, Wieslau, Windsheim, Forchheim, Mantel, Nürnberg, Regensburg, Wunsiedel.

Gau 10. Augsburg, Bruckmühl, Deggendorf, Freising, Gmünd, Jfen, Landsbut, München, Neuburg, Rosenheim, Rempten, Mühlendorf, Riedenburg, Schellenberg, Straubing, Trofberg, Willstätt.

Gau 11. Baienfurt, Balingen, Mürrheim, Freiburg, Ulm, Aitrach, Heilbronn, Korb, Otfenburg, Pforzheim, Reutlingen, Rottweil, Stuttgart.

Gau 12. Birkenfeld, Eisenberg, Hagenbach, Ludwigshafen, Rammsheim, Speier, Bruchsal, Heidelberg, Ladenburg, Neustadt am Hardt, Rheinabern.

Gau 13. Würzburg, Hanau, Corbach, Höt, Kassel, Limburg, Mainz, Offenbach, Worms.

Gau 14. Andernach, Bendorf, Bonn, Düren, Goch, Gummersbach, M.-Glöbbaeh, Solingen, Stolberg, Lachen, Köln.

Gau 15. Bremen, Geesthacht, Hamburg, Stöde, Varel, Friedrichstadt, Kiel, Lübeck, Lüneburg, Oldenburg.

Gau 16. Arnstberg, Dahlhausen, Quisburg, Emmerich, Fröndenberg, Hemer, Herdecke, Raunel, Werne, Witten, Bredelar, Brilon, Düsseldorf, Hagen, Siegen, Scheuerfeld.

Die Zahlstelle Krefeld

sucht zu baldigen Antritt einen [9.—Mk.] Geschäftsführer.

Bewerber müssen fünf Jahre Mitglied unseres Verbandes oder einer anderen freigewerkschaftlichen Organisation sein und über rednerische Befähigung und organisatorische Kenntnisse verfügen.

Die Zahlstelle Hirschberg in Schlesien

sucht zum sofortigen Antritt einen tüchtigen II. Bevollmächtigten als Kassierer.

Verlangt wird eine vollbeschäftigte erste Kraft. Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen des Verbandstages. Bewerber müssen mindestens 10 Jahre organisiert und Mitglied unseres Verbandes sein.